

Nachhaltiges Wohnen bringt Lebensqualität und Klimaschutz zusammen



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.3 Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern

1 Kapitel 8: Wohnen und Raumplanung

2 **Nachhaltiges Wohnen bringt Lebensqualität und Klimaschutz zusammen**

3 Wohnen ist mehr als eine Adresse zu haben. Mehr als Zimmer, Küche, Bad. Wohnen
4 bedeutet, ein Zuhause zu haben und eingebunden zu sein in eine Gemeinschaft.

5 Dies wollen wir als Grüne so lebenswert wie möglich gestalten: mit einer
6 Aufwertung der Stadtviertel und Ortskerne, einer Anbindung an den öffentlichen
7 Nahverkehr und einer Art zu bauen, die innovativ, menschen- und umweltfreundlich
8 ist. Wir denken bezahlbaren Wohnraum und Klimaschutz zusammen. Wir stehen für
9 eine Raumplanung, die Flächen schont und Quartiere lebendig hält.

10 Grüne Wohnungspolitik zeigt zunehmend Wirkung! Wir haben ein starkes
11 Landeswohnraumförderprogramm auf den Weg gebracht und es mit 250 Millionen Euro
12 jährlich ausgestattet. Sowohl bei unserem Schwerpunkt Mietwohnungsbau als auch
13 beim Wohneigentum haben wir die Bedingungen deutlich verbessert. Mehr als eine
14 Milliarde Euro wird die Landesregierung bis 2021 in die Förderung von
15 bezahlbarem Wohnraum investieren. Wir haben die Kommunen gestärkt, damit sie ihr
16 Ziel erreichen und mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Mit dem neu
17 aufgelegten Grundstücksfonds des Landes ermöglichen wir es auch Kommunen mit
18 weniger Finanzkraft, Grundstücke aufzukaufen. So schaffen wir die
19 Voraussetzungen für eine vorausschauende und gemeinwohlorientierte Grundstücks-
20 und Wohnungspolitik. Dieser Grundstücksfonds bildet zusammen mit dem
21 „Kompetenzzentrum Wohnen BW“ den „Kommunalfonds Wohnraumoffensive BW“. Damit
22 unterstützen wir die Kommunen passgenau beim Bauen und Planen. Sie sind hierfür
23 die entscheidenden Akteure. Über den Grundstücksfonds hinaus wollen wir ihnen
24 über das Agrarverbesserungsstrukturgesetz den Zugang zu Grundstücken
25 erleichtern.

26 Wir wollen nicht nur bezahlbaren Wohnraum schaffen, sondern auch den Klimaschutz
27 stärken. Das war und ist uns besonders wichtig. Seit 2020 müssen geförderte
28 Neubauten energetischen Standards genügen, die auch langfristig das Klima
29 schützen und für geringere Wohnkosten sorgen. Um dieses Ziel für die
30 Bauträger*innen möglich zu machen, haben wir als grün-geführte Landesregierung
31 die Förderung erhöht. In der Landesbauordnung haben wir die Hemmnisse beim
32 Holzbau beseitigt und damit regionales, klimaschonendes und innovatives Bauen
33 vorangetrieben. Wir haben die Voraussetzungen für zukunftsfähige Mobilität
34 vorangebracht und es leichter gemacht, innerörtliche Flächen zu nutzen. Im
35 Klimaschutzgesetz haben wir die Pflicht für Photovoltaikanlagen auf allen
36 Neubauten ohne Wohnnutzung verankert und damit bundesweit Maßstäbe gesetzt. Im
37 nächsten Schritt wollen wir eine Solarpflicht auch für neue Wohngebäude
38 durchsetzen und das Ziel „Photovoltaik auf allen geeigneten Bestandsgebäuden“

39 angehen. Dies erreichen wir durch die Einführung eines kommunalen
40 Solarpotenzialkatasters, das jede Kommune ab dem Jahr 2023 erstellt.

41 Als grün-geführte Landesregierung haben wir die Mietpreisbremse für 89 Kommunen
42 auf ein stabiles Fundament gesetzt und die Kappungsgrenzen abgesenkt, um
43 Mieterhöhungen auszubremsen. Zudem haben wir in diesen Kommunen die
44 Kündigungssperrfrist von drei auf fünf Jahre verlängert, um die Mieter*innen zu
45 schützen, wenn aus einer Mietwohnung eine Eigentumswohnung wird. Für bestimmte
46 Stadtgebiete muss aufgrund der Umwandlungsverordnung eine Genehmigung erteilt
47 werden, wenn eine Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt wird. Wir
48 verstehen die Mietpreisbremse als Schutzschirm für bezahlbare Wohnungen. Wenn
49 Wohnungen neu vermietet werden, darf der*die Vermieter*in in diesen 89 Kommunen
50 maximal zehn Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen. Bei
51 bestehenden Verträgen darf die Miete nur noch um 15 Prozent innerhalb von drei
52 Jahren erhöht werden.

53 Wir sind überzeugt: Wohnungen sind zum Wohnen da! In angespannten
54 Wohnungsmärkten müssen wir sie wirksam vor Zweckentfremdung schützen. Darum
55 haben wir Anbietern wie Airbnb mit einem Zweckentfremdungsverbotsgesetz Grenzen
56 gesetzt. So verhindern wir, dass aus Wohnungen dauerhafte Pensionen werden.
57 Zudem haben wir Gemeinden ermöglicht, Vermieter*innen von Ferienwohnungen zu
58 einer Registrierung zu verpflichten. Das schafft mehr Transparenz und
59 Rechtssicherheit – sowohl für Kommunen als auch für Betreiber*innen von
60 digitalen Vermittlungsplattformen.

61 **Wohnraum für alle - bezahlbar und klimaneutral**

62 Jede*r hat das Recht auf ein angemessenes und bezahlbares Zuhause. Insbesondere
63 in den Ballungszentren Baden-Württembergs konkurrieren Familien,
64 Alleinerziehende, Senior*innen mit kleiner Rente und junge Menschen um günstigen
65 Wohnraum. Deshalb wollen wir in den kommenden zehn Jahren dem Mietwucher die
66 Grundlage entziehen und den Anteil preisgünstiger Wohnungen am Markt erhöhen,
67 sowohl im geförderten als auch im frei finanzierten Bereich. Zudem wollen wir
68 ausreichend altersgerechten Wohnraum schaffen. Was uns wichtig ist: Der
69 Geldbeutel darf dabei nicht entscheiden, ob wir beim Wohnen auch das Klima
70 schützen können. Klimaneutrales Wohnen soll für alle selbstverständlich werden.

71
72 Als Land wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sanieren die
73 landeseigenen Gebäude kreislaufgerecht und wollen – wo möglich – durch
74 Aufstockungen der landeseigenen Wohngebäude neuen und bezahlbaren Wohnraum
75 schaffen. Mit den jetzigen Eigentümer*innen der 21.000 ehemals landeseigenen
76 LBBW-Wohnungen wollen wir Gespräche führen. Unser Ziel ist, dass wir möglichst
77 viele dieser Wohnungen nach Auslaufen des Kündigungsschutzes 2022 zum Beispiel
78 mittels Belegungsbindungen bezahlbar halten. Die Förderprogramme wollen wir
79 ständig aktuell attraktiv halten und so viele Mittel bereitstellen, dass alle
80 Anträge bedient werden können.

81

82 Das Kompetenzzentrum Wohnen wollen wir zu einem umfassenden
83 Unterstützungsangebot des Landes beim Thema Bauen und Wohnen ausweiten. Diese

84 Unterstützung wollen wir neben den Kommunen auch gemeinwohlorientierten Trägern
85 zugänglich machen. Das gilt besonders auch für Genossenschaften. Sie spielen
86 eine wichtige Rolle, um sowohl bezahlbaren als auch klimaneutralen Wohnraum zu
87 schaffen. Mit einer Gründungsoffensive für kommunale Wohnungsbaugesellschaften
88 wollen wir Kommunen stärken, Boden und Wohnraum selbst vor Ort zu erwerben und
89 gestalten.

90 Wir Grüne wollen lebendige Dörfer und lebenswerte Städte! Dazu brauchen wir eine
91 sorgfältige Raumplanung und Siedlungsentwicklung. Sie muss den Marktkräften
92 einen Rahmen setzen, Erneuerung ermöglichen und Investitionen anziehen. Ob eine
93 Stadt lebenswert ist, entscheidet sich auch daran, wie viele Kinder auf der
94 Straße spielen. Ob ein Dorf lebendig ist, zeigt sich auch daran, wie viele 80-
95 Jährige daheim leben und am örtlichen Leben teilhaben können. Beides soll bis
96 2030 nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein! Dazu müssen wir vor allem die
97 Planung neu denken, die Versorgung mit Geschäften, Ärzt*innen und Behörden
98 wieder dezentralisieren und lokale Angebote stärken. Wir wollen eine
99 Alltagsversorgung, die zu Fuß erreichbar ist. Alle Altersgruppen wollen wir ins
100 Boot holen. Auch junge Menschen sollen eine Möglichkeit erhalten, sich an der
101 Planung ihrer Lebensumgebung zu beteiligen. Das Kompetenzzentrum Wohnen soll
102 daher ein Beteiligungsformat für Kinder und Jugendliche an der Stadtplanung
103 erarbeiten und den Kommunen zur Verfügung stellen.

104 **Mehrgenerationenhäuser und barrierefreies Wohnen fördern**

105 Unsere Gesellschaft ändert sich und mit ihr die Wohnbedürfnisse. Es gilt, die
106 Gebäude und ihre Nutzung an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Der
107 Bedarf an Mehrgenerationenhäusern oder barrierefreiem Wohnraum steigt ebenso wie
108 der Bedarf an neuen gemeinschaftlichen Wohnformen. Statt neu zu bauen, wird das
109 Umbauen und Modernisieren wichtiger. Wir werden deshalb die vorhandene Förderung
110 intensivieren und weiterentwickeln, um bestehenden Wohnraum besser und
111 effektiver zu nutzen.

112 Wo immer Menschen mehrerer Generationen zusammenleben wollen, sollten wir sie
113 unterstützen. Dies fördert nicht nur den Zusammenhalt, sondern wirkt auch vielen
114 Problemen der modernen Gesellschaft entgegen – von Vereinsamung bis
115 Kinderbetreuung. Um das Mehrgenerationenwohnen zu fördern, wollen wir das
116 Informations- und Beratungszentrum Mehrgenerationenhäuser (IBZ) fest etablieren.
117 Auch das Bauen in Baugemeinschaften wollen wir stärken und gemeinschaftliches
118 Wohnen etwa von Studierenden fördern.

119

120 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Homeoffice eine ernsthafte Alternative zur
121 Arbeit im Büro darstellt. Im ländlichen Raum kämpft man aber häufig mit einer
122 schlechten Internetanbindung. Zudem fehlt oft Platz in der eigenen Wohnung.
123 Daher wollen wir ein Pilotprojekt „Coworking-Spaces“ im eher ländlichen Raum
124 starten, das gut ausgestattete und angebundene Büroräume zur Verfügung stellt
125 und so nachhaltig lange Pendelweg erspart.

126 Barrierefreiheit erleichtert das Wohnen im Alter. Daher wollen wir das
127 Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit ausweiten und für das Thema „Wohnen im
128 Alter“ und für private Anfragen öffnen. Die Einrichtung „halböffentlicher“

129 Räume, die Privatpersonen bei Bedarf anmieten können, sowie Gemeinschaftsflächen
130 wollen wir fördern. Zusätzlich zu den Programmen der Kreditanstalt für
131 Wiederaufbau (KfW) brauchen wir eine Förderlinie des Landes für barrierefreies
132 Bauen.

133 Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die sich bemühen, das Qualitätssiegel
134 „Age-friendly City“ („Altersfreundliche Stadt“) der Weltgesundheitsorganisation
135 (WHO) zu erlangen.

136 Auch in Baden-Württemberg gibt es viele Menschen ohne festen Wohnsitz. Für sie
137 muss neben sozialen Hilfsangeboten vor allem kurzfristig verfügbarer Wohnraum
138 bereitstehen. Wir orientieren uns hier am Ansatz des „Housing first“. Das
139 bedeutet: Zuerst wird eine Unterkunft vermittelt, erst dann folgen alle weiteren
140 Hilfen. Wir werden die Kommunen bei dieser Praxis, die in Finnland bereits
141 erfolgreich ist, unterstützen.

142 **Für faire Mieten und ein nachhaltiges Flächenmanagement**

143 Wir unterstützen Initiativen, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes
144 ändern wollen. Unsere gemeinsamen Ziele sind, die Wohngemeinnützigkeit wieder
145 einzuführen, gemeinwohlorientierte Mietshäuser zu fördern und das Mietrecht
146 sozial weiterzuentwickeln. Wir wollen alle Kompetenzen des Landes nutzen, um
147 explosive Mietsteigerungen zu bremsen oder zu begrenzen – entweder durch
148 Regelungen des Landes selbst oder durch mögliche Ermächtigung der Kommunen,
149 entsprechende Regelungen für ihr Gebiet erlassen zu können.

150 Flächen sind ein begrenztes Gut. Deshalb ist es uns Grünen wichtig, schonend
151 damit umzugehen. Grundlage für die Raumordnung im Land ist der
152 Landesentwicklungsplan (LEP) aus dem Jahr 2002. Er steckt zentrale Ziele ab: die
153 natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes
154 als Wirtschafts- und Wohnstandort zu sichern, die Funktion von Land- und
155 Forstwirtschaft zu erhalten und angemessene Gestaltungsmöglichkeiten für
156 kommende Generationen zu bewahren. Mit Blick auf diese Ziele stehen wir vor
157 großen neuen Herausforderungen! Deshalb muss der LEP novelliert werden, um dem
158 Umwelt- und Klimaschutz sowie der Flächeneinsparung noch mehr Gewicht zu geben.
159 Auch die digitale Infrastrukturplanung muss aufgenommen werden. In einem breiten
160 Beteiligungsverfahren wollen wir zudem für mehr Transparenz sorgen und so auch
161 die Akzeptanz erhöhen.

162 Vor Ort sind die Städte und Gemeinden für das Flächenmanagement zuständig. Wir
163 wollen sie im „Kompetenzzentrum Wohnen“ unterstützen, einen Fonds für
164 Flächentausch zu gründen. Hier werden bereits bebaubare Grundstücke gegen
165 Anteile an einem Wohnraumpool oder zukünftig umzulegende Grundstücke getauscht.
166 Und dies gerne auch interkommunal! Das Kompetenzzentrum soll um den Sektor
167 Gewerbebau erweitert werden und gemeinsam mit den Kommunen und der Wirtschaft
168 einen Aktionsplan „Flächensparen“ erarbeiten. Wir wollen uns moderierend
169 einbringen, um Brachflächen zu aktivieren. Wir werden dafür über das
170 Kompetenzzentrum Wohnen „Flächen-Scouts“ vermitteln. Ihre Aufgabe wird es sein,
171 geeignete Flächen für den Wohnungsbau zu identifizieren, Hindernisse im Dialog
172 mit Eigentümer*innen und Kommunen abzubauen und gegebenenfalls auch

173 Flächentausche zu vermitteln. Des Weiteren wollen wir die Kommunen dabei
174 unterstützen, auf Grundstücksbesitzer*innen zuzugehen, um Flächen für sogenannte
175 Tiny Houses, also Minihäuser, freizugeben. So setzen wir dem Wohnungsmangel
176 nachhaltige, flexible Konzepte entgegen. All dies unterstützt den Bau von
177 bezahlbarem Wohnraum!

178 Um den Flächenverbrauch einzudämmen, soll bezahlbarer Wohnraum durch Bauen nach
179 oben entstehen. Wir wollen ein Förderprogramm für Dachausbauten und
180 Aufstockungen für private Hausbesitzer*innen sowie kleine und mittlere
181 Wohnungsunternehmen, beispielsweise mit der landeseigenen Förderbank L-Bank, auf
182 den Weg bringen. Voraussetzung für die Förderung ist die Schaffung von
183 bezahlbarem Wohnraum.

184

185 Auch das Wohnraumförderprogramm kann dazu beitragen, nachhaltig mit Flächen
186 umzugehen. Deshalb wollen wir dort Erbbaurechtsmodelle fördern. Nachdem
187 verschiedene Hemmnisse für Aufstockungen in der Landesbauordnung ausgeräumt
188 wurden, wollen wir ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.

189 **Innovatives Bauen bringen wir voran - nachhaltig!**

190 Wir Grüne legen großen Wert auf das Bauen mit regionalen und nachhaltigen
191 Baustoffen. Auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit wollen wir die Holzbauoffensive
192 fortführen und nachhaltige Bauweisen unterstützen. Allein die Herstellung von
193 Beton verursacht rund acht Prozent des weltweit ausgestoßenen CO₂. Allerdings
194 werden Gebäude weiterhin in Massivbauweise errichtet. Im Sinne einer
195 nachhaltigen Entwicklung muss sich der Massivbau deshalb bis spätestens 2030
196 komplett auf kreislauffähige und klimaneutrale Bauweisen umgestellt haben. Daher
197 fördern wir Recycling-Beton und führen eine Recycling-Beton-Quote für Neubauten
198 des Landes ein. Um dem aktuellen Rohstoffmangel entgegenzuwirken, setzen wir uns
199 für die Entwicklung eines Katasters für Materialien ein. Damit können Gebäude
200 als Rohstofflager und Städte als Rohstoffminen geplant und genutzt werden. Wir
201 fördern die Einrichtung eines Zentrums für Architektur und Ingenieurbau. Die
202 Baukompetenz in Baden-Württemberg werden wir weiter aktivieren und nutzen.
203 Modellprojekte für preisgünstige und innovative Bauweisen wollen wir erproben
204 und Plus-Energie-Siedlungen zum Normalfall machen – also Siedlungen, die über
205 das Jahr gesehen aus grünen Quellen wie Photovoltaik mehr Energie erzeugen als
206 sie verbrauchen. Wir wollen die Solarpflicht auf Wohngebäude ausweiten und die
207 Nachrüstung von Bestandsgebäuden beschleunigen. Bei Bestandsgebäuden muss der
208 Energieverbrauch sinken. Das Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene
209 Liegenschaften setzen wir weiter konsequent um und erweitern es um den Aspekt
210 der Ressourcenschonung. Wir sanieren die landeseigenen Gebäude mit
211 kreislaufgerechten Materialien und geeigneten Sanierungsfahrplänen.
212 Sanierungsförderprogramme koordinieren wir zentral und sorgen für die
213 ganzheitliche Betrachtung nach den Grundsätzen des nachhaltigen Bauens. Dazu
214 gehört es, die CO₂-Bilanzierung und alle Ressourcen- und Energieflüsse zu
215 betrachten.

216 Die Digitalisierung bietet viele Chancen: Sie kann etwa Verwaltungsprozesse
217 beschleunigen und eine vernetzte Planung und Bewirtschaftung von Gebäuden

218 ermöglichen – das sogenannte Building Information Modeling (BIM). Diese Chancen
219 wollen wir ergreifen. Den Weg der Kommunen zu nachhaltigen, digitalen,
220 partizipativen und smarten Städten und Dörfern werden wir von Landesseite
221 unterstützen, insbesondere durch digitale Beteiligungsprozesse bei der
222 Bauleitplanung. Bauen *für* Menschen geht nur mit Beteiligung *von* Menschen!

223 Wir Grüne sehen die Kapazitätsengpässe im deutschen Bausektor mit Sorge. Ein
224 entscheidendes Problem, auch bei der Bauwirtschaft, ist der Fachkräftemangel.
225 Wir wollen deshalb in Baden-Württemberg eine Ausbildungs- und Studienoffensive
226 für Berufe im Bausektor starten und die Forschung im Bereich der Städteplanung
227 und der Bauwirtschaft stärken.

228 **Für lebendige Ortsmitten und Stadtviertel**

229 Baden-Württemberg hat viele attraktive Städte und Gemeinden. Aber manch ein Ort
230 könnte noch lebendiger werden. Bis 2030 wollen wir 1500 zusätzliche lebendige
231 und verkehrsberuhigte Orts- und Quartiersmitten schaffen. Dazu zählen autofreie
232 Zonen, Shared Spaces oder Begegnungszonen nach Schweizer Vorbild. Sie steigern
233 die Aufenthalts- und Lebensqualität in den Dörfern und Städten, werten den
234 öffentlichen Raum auf und machen die Straße zum Lebensraum für alle. Aber auch
235 autoarme Stadtviertel wie die Super Blocks nach dem Beispiel der Niederlande und
236 Barcelona gehören für uns Grüne dazu. Hier wird der Durchgangsverkehr aus den
237 Wohngebieten zurückgedrängt. Wir unterstützen Kommunen in ihrem Anliegen,
238 autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies.

239

240 Eine lebendige Stadt lädt zum Verweilen und Plauschen ein und bietet dazu
241 attraktive Plätze, die allen zugänglich sein sollten. Sie motiviert zur
242 Bewegung, ob auf Spielplätzen oder in der Halbpipeline. Und Flanieren bringt
243 Frequenz: Der Einzelhandel profitiert davon, wenn die Aufenthaltsqualität in den
244 Dorf- und Quartiersmitten steigt. Gleichzeitig können durch eine Zusammenführung
245 von Wohnquartieren und Arbeitsstätten lange Arbeitswege und damit
246 klimaschädlicher Pendlerverkehr vermieden werden.

247 Nicht der Höchstbietende soll eine Fläche für den Wohnungsbau bekommen. Sie soll
248 vielmehr zum Richtpreis an die*den Bauwillige*n mit dem besten Konzept gehen.
249 Diese Konzeptvergabe wollen wir zum Regelfall machen. So ist es möglich, stetig
250 einen Mehrwert für Quartiersentwicklung, Städtebau und Nachhaltigkeit zu
251 erzielen.

252 Eine lebenswerte Stadt gibt Rad- und Fußverkehr deutlich mehr Raum. Dies
253 verbessert die Aufenthalts- und Lebensqualität nachhaltig. Wir bauen ein Netz
254 von sicheren Fuß- und Radwegen und schaffen neue Fahrradstellplätze. Wir wollen
255 ein flächendeckendes Tempo 30 und ein Parkraummanagement in Städten. Wir wollen
256 mehr verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen und Carsharing-Stellplätze im
257 öffentlichen Raum.

258 **Flächenverbrauch eindämmen, Wohnraum ermöglichen**

259 Am Rand von Ballungsräumen wachsen viele Einfamilienhaussiedlungen. Auch dafür
260 werden jeden Tag in Deutschland knapp 60 Hektar als Siedlungs- und
261 Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Solche Flächen kann der ÖPNV schlecht

262 erschließen. Durch die intensive Bautätigkeit sind in den vergangenen Jahren
263 weitere wertvolle Bodenflächen verlorengegangen. Für den Naturschutz und für
264 unsere Landwirtschaft müssen wir diesen anhaltend hohen Flächenverbrauch
265 reduzieren. Nur dann können wir unser Ziel erreichen: eine Netto-Null beim
266 Flächenverbrauch. Derzeit liegt die Flächeninanspruchnahme in Baden-Württemberg
267 bei fünf Hektar pro Tag.

268 In der nächsten Wahlperiode wollen wir den täglichen Flächenverbrauch für
269 Siedlungszwecke auf drei Hektar pro Tag begrenzen. Dazu werden wir in
270 Modellregionen handelbare Flächenausweisungszertifikate erproben. Die heute
271 mögliche Baugebietsausweisung mit beschleunigtem Verfahren und ohne
272 Umweltprüfung nach Paragraph 13b Baugesetzbuch lehnen wir in der derzeitigen Form
273 ab. Wenn diese gesetzliche Regelung dennoch verlängert werden sollte, werden wir
274 darauf hinarbeiten, dass entsprechende Baugebiete bestimmte Kriterien zu
275 erfüllen haben. Dazu gehören etwa Wohnraumangel vor Ort, eine erhöhte Dichte,
276 ein definierter Mindestanteil an günstigen Mietwohnungen, Anbindungen an den
277 ÖPNV sowie an die Radwegeinfrastruktur. Ein weiteres Instrument, um den
278 Flächenverbrauch zu senken, ist es, unsere Ortszentren weiter zu revitalisieren
279 und vorhandene Infrastruktur für umweltfreundliche Verkehrsmittel freizugeben.
280 Wir wollen den Kommunen beispielsweise die Innenentwicklung erleichtern und die
281 Pflicht einführen, die Potenziale zur Innenentwicklung zu erfassen und
282 offenzulegen.

283

284 Flächenschutz ist Natur- und Artenschutz und hat hohe Priorität. Neben der
285 Senkung des Flächenverbrauchs wollen wir bestehende Freiflächen und freie
286 Fassaden in Kommunen tier- und pflanzenfreundlich gestalten. Diese Flächen
287 sollen Arten, die vom Aussterben bedroht sind, wie Insekten und Vögeln einen
288 Lebensraum durch hochstehende Wiesen, Sträucher und begrünte Dächer bieten. Das
289 Verbot von Schottergärten ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die
290 Erstellung von Flächenkatastern, in denen diese Potenziale erhoben und auch
291 Potenziale zur Dachaufstockung ausgewiesen werden, wollen wir über das Land
292 fördern.

293 **Regionale Baukultur pflegen und entwickeln**

294 Bauen ist viel mehr als nur vier Wände zum Wohnen zu schaffen.
295 Identitätsstiftende und ansprechende Orte, an denen man sich wohlfühlt, machen
296 Quartiere menschenfreundlich. Wir Grüne begrüßen Projekte der doppelten
297 Innenentwicklung, d.h. mehr bauliche Verdichtung und mehr urbanes Grün! Hierzu
298 etablieren wir im „Kompetenzzentrum Wohnen BW“ einen neuen Sektor „Artenvielfalt
299 in der Stadtplanung und Architektur“ und beraten Städte, Gemeinden und
300 Planer*innen bei der Umsetzung von innerstädtischen Biodiversitätsclustern. Wir
301 unterstützen Initiativen, die sich dafür einsetzen, dass nichtkommerzielle
302 Begegnungsräume wie „Ortslinden“ entstehen. Gute Architektur bei neuen Gebäuden
303 ist kein Widerspruch zur Zweckmäßigkeit, sondern eine Frage der Baukultur: Sie
304 kann Identität stiften. Wir wollen regionale Besonderheiten von Bauformen,
305 Materialien und Siedlungsensembles pflegen und behutsam weiterentwickeln.

306

307 Denkmale zu bewahren, unsere Geschichte sichtbar und erlebbar zu machen, Gebäude
308 für künftige Generationen zu erhalten: Das ist in Baden-Württemberg qua
309 Verfassung eine Landesaufgabe. Bei der tatsächlichen Ökobilanz von Gebäuden ist
310 auch die sogenannte Graue Energie zu berücksichtigen. Jedes Gebäude, das
311 weitergenutzt wird, spart Abriss, Deponie und Rohstoffkosten. Bei einer
312 Generalsanierung können 80 Prozent erhalten werden. Auch bei Altbauten können
313 Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zur positiven Ökobilanz beitragen.
314 Deshalb sollen Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon der verpflichtend
315 abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz aufgenommen werden. Darüber
316 hinaus wollen wir ein Fach- und Netzwerkzentrum zur Sanierung von
317 denkmalgeschützten Gebäuden aufbauen.

318

319 Wir wollen die Vielfalt stärken und gleichzeitig zukunftsfeste, grüne Siedlungen
320 erschaffen. Mit Einfamilienhaus-Siedlungen und Supermarkt-Flachbauten auf der
321 grünen Wiese kann dies nicht gelingen. Daher wollen wir mehrgeschossige Gebäude
322 voranbringen, auch durch Aufstockung und Erweiterung von bestehenden Gebäuden.
323 Wo viele Menschen wohnen, braucht es eine gute Anbindung an Bus und Bahn. Wir
324 Grüne setzen uns dafür ein, dieses Angebot entsprechend auszubauen.

325 **Darum Grün!**

326 Wer Grün wählt, stimmt für

- 327 • bezahlbaren, ökologischen Wohnraum für alle
- 328 • eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit lebendigen Orts- und
329 Quartiersmitten
- 330 • die Begrenzung des Flächenverbrauchs für Natur- und Artenschutz
- 331 • barrierefreies Bauen und Wohnen